

«Ich sehe eine Gefahr für die Kinder»

Der Maghreb-Experte Beat Stauffer beurteilt die vom Bund geforderte Ausschaffung der Familie Mazin* kritisch.

Michael Nittnaus

Dass der Kanton Baselland die Langenbrucker Flüchtlingsfamilie Mazin* derzeit nicht ausschafft, obwohl der Bund dies seit 2016 verlangt, machte die «Schweiz am Wochenende» vergangenen Samstag publik. Umstritten ist vor allem die Frage, ob Tunesien ein sicheres Zielland für eine zum Christentum konvertierte Muslimin und deren Familie ist. Die bz fragt den Basler Journalisten und Maghreb-Spezialisten Beat Stauffer, wie er die Situation einschätzt.

Herr Stauffer, für das Staatssekretariat für Migration und das Bundesverwaltungsgericht ist der Fall klar: Tunesien sei ein sicheres Zielland. Ist es denn so einfach?

Beat Stauffer: Nein, es ist eine sehr komplexe Frage. Im Prinzip ist Tunesien seit langem eines der liberalsten arabisch-islamischen Länder und hat seit 2014 eine der fortschrittlichsten Verfassungen der arabischen Welt. Diese garantiert Glaubens- und Gewissensfreiheit. Sie beinhaltet aber auch Widersprüche, indem ein starkes Gewicht auf den Schutz der islamischen Identität von Tunesien gelegt wird. Es ist ein Kompromiss zwischen säkularen und religiös-konservativen islamistischen Kräften.

Genügt es denn, bei einer Bewertung vor allem auf die Verfassung zu schauen?

Ein Problem ist, dass die guten Grundsätze der Verfassung noch gar nicht alle in Gesetze gegossen wurden oder sie nicht konsequent angewendet werden. Darum ist es entscheidend, anzuschauen, wie die Religionsfreiheit im Alltag gelebt wird. Wie gehen die Behörden, wie die Gesellschaft in der Praxis mit Konversionen von Muslimen zum Christentum um?

Hayet Mazin* sagt, sie würde nach einer Rückkehr in Tunesien isoliert und bedroht werden – und das von ihrer eigenen Familie, da sie die einzige Konvertitin sei. Wie glaubwürdig ist das?

Diese Schilderung ist auf jeden Fall glaubwürdig. Fakt ist, dass die Konversion einer Muslimin zum Christentum – zumindest ausserhalb der tunesischen Hauptstadt Tunis – als Schande für die Familie angesehen wird. Konsequenzen können Enterbungen und der Ausschluss



«Die Familie könnte nur in Tunis leben», sagt Beat Stauffer.

Bild: Juri Junkov (Basel, 20. Januar 2020)

aus der Familie sein. Solche Befürchtungen sind plausibel.

Wäre es in Tunis sicherer?

Ich bin klar der Meinung, dass die Familie Mazin* nur in der Region von Tunis leben könnte. Dort gibt es mehrere tausend Konvertiten sowie viele afrikanische und europäische Christen und binationale Paare. Auch gibt es viele säkular denkende Menschen. In diesem Umfeld gäbe es eine gewisse Chance für die Familie, unterzutauchen.

Hayet Mazin* stammt aus der Hafenstadt Sfax weiter

südlich. Sie würde wohl dorthin zurückgeschickt.

Sfax ist auch eine relativ grosse Stadt, aber nicht mit Tunis vergleichbar. Dort zu leben wäre sehr viel schwieriger, da fast alle Konvertiten und Christen in Tunis sind. Je weiter man ins Hinterland geht, desto mehr Probleme gibt es als Nicht-Muslim.

Dann ist der Fall klar: Die Mazins* können in die Region Tunis ziehen...

Das Problem ist, dass die Familie keine wirtschaftliche Basis hat, um dort zu leben. Ich sehe nicht, wie das funktionieren

könnte, da Joseph Mazin* aus Syrien stammt und auch Hayet über kein soziales Netz verfügt. Sie hätten keine Aussicht auf eine Stelle und somit könnten sie keine Existenz aufbauen.

Wir reden die ganze Zeit über Hayet Mazin* als Konvertitin. Doch was ist eigentlich mit den beiden Buben? Sie sind mittlerweile drei und sechs, der jüngere kam in der Schweiz auf die Welt. Beide sind getaufte Christen.

Ich sehe eine gewisse Gefahr, vor allem wenn die Kinder in einer Kleinstadt oder auch in

Zur Person

Beat Stauffer gilt als Kenner der Maghreb-Staaten Nordwestafrikas und damit auch von Tunesien. Der freischaffende Basler Journalist unternimmt mehrmals pro Jahr Reisen dorthin und hat neben Zeitungsartikeln auch mehrere Bücher zur Region publiziert. Zuletzt erschien sein Buch «Maghreb, Migration und Mittelmeer». Der 66-Jährige verfasste vergangenen Oktober eine Kurzanalyse für eine Rechtseingabe der Familie Mazin*, legt aber Wert darauf, den Fall als unabhängiger Experte beurteilt zu haben. (mn)

Sfax in eine öffentliche Schule gehen müssten. In einem Milieu also, in dem sie vielleicht die einzigen christlichen Kinder wären. Die liberal gesinnten Tunesier schicken ihre Kinder eigentlich fast alle in Privatschulen. Doch das ist eben sehr teuer.

Sind Ihnen Fälle bekannt, bei denen Konvertiten sogar tätlich angegriffen wurden?

Im Maghreb gibt es das auf jeden Fall, auch wenn ich gerade keinen spezifisch tunesischen Fall vor Augen habe. Es ist denkbar, dass bewusst Extremisten auf diesen Fall aufmerksam gemacht werden und diese dann die Familie angreifen.

Ist Ihrer Ansicht nach die Ausschaffung der Familie Mazin* zumutbar?

Die Behörden müssen sich auf jeden Fall bewusst sein, dass ein Risiko besteht. Wie gross dieses ist, ist schwierig zu beurteilen. Es geht in Tunesien zwar nicht um Steinigungen oder Inhaftierungen, aber durchaus um behördliche Schikanen und gesellschaftliche Diskriminierung. Ich plädiere generell dafür, dass Europa die Maghreb-Staaten drängt, dass diese endlich die Religionsfreiheit, zu der sie sich schon seit 70 Jahren verpflichtet haben, auch in der Praxis garantieren. Tunesien und seine Nachbarn haben die UN-Menschenrechtskonvention unterschrieben, halten sich aber nicht daran. Deswegen ist es so heikel, eine Ausschaffung wie jene der Familie Mazin* zu vollziehen.

* Namen geändert.

Trübung der Ergolz schreckt Anwohner auf

Zwischenfall Die Ergolz bot am Montagmorgen unterhalb von Liestal ein unerfreuliches Bild: Zum wiederholten Male in den vergangenen Tagen stellten Anwohner eine starke, milchige Trübung fest. Einem Füllinsdörfel fiel zudem die Abwesenheit der sonst zahlreich vorhandenen Wasservögel auf, wie er besorgt der bz mitteilte.

Auch das kantonale Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) erhielt entsprechende Benachrichtigungen aus der Bevölkerung. Bei einer Inspektion gegen 11 Uhr sei die Trübung bereits nicht mehr so stark gewesen, teilte Andrea Bürki, Sprecherin der Bau- und Umweltschutzdirektion, auf Anfrage mit. Die Trübung sei zwischen dem Schild-Areal und der Gemeindegrenze zu Füllinsdorf aufgetreten. Anschliessende Untersuchungen hätten ergeben, dass eine Baustelle am Uferand auf der Höhe des Kantonsspitals Baselland am Ursprung der Verschmutzung stand. Weitere Informationen zu möglichen Schäden gab es vorerst keine. Das AUE werde aber die Ergolz weiter beobachten, hiess es am späten Montagmorgen. Die Behörden riefen dazu auf, in solchen Fällen umgehend die Polizei zu benachrichtigen, um die Verursacher möglichst rasch ausfindig machen zu können. (bos)

Nachrichten

Michael Weiss überraschend gestorben

Tot Der Vizepräsident und Geschäftsführer des Lehrerinnen- und Lehrer-Vereins Baselland, Michael Weiss, ist tot. Der 50-Jährige starb am Sonntag während eines Spitalaufenthalts völlig überraschend. Ein Nachruf folgt. (bz)

In Lupsingen kommt es zu einer Kampfwahl

Weitere Bewerberin Verena Gauthier Furrer (Grüne) bewirbt sich ebenfalls für den frei werdenden Sitz im Lupsinger Gemeinderat, nachdem bereits Nicolas Hug seine Kandidatur bekannt gegeben hat (die bz berichtete). Die 59-Jährige ist Fachverantwortliche für Diakonie der Römisch-katholischen Kirche Baselland. Seit einem Vierteljahrhundert ist sie Inhaberin und Leiterin der Fachstelle Impuls, mit internationalem und nationalem Einsatzgebiet in der sozialen Animation. (bz)

Sandro Ryf ist fünfter Kandidat

Diepfingen Neben vier bisherigen Gemeinderäten stellt sich Sandro Ryf neu für die Gesamterneuerungswahl der Exekutive vom 9. Februar zur Verfügung. Ryf gehört derzeit der kommunalen Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission an. Er ist verheiratet und Vater eines Sohnes. Sandro Ryf arbeitet in der Maschinenindustrie und ist verantwortlich für Optimierung von Geschäftsprozessen. (bz)

Schreinerei entlässt Personal – trotz Expansionskurs

Pratteln «Dann kam der Hammer», heisst es in einer Zuschrift an die bz. Berichtet wird von einer «Entlassungswelle» bei der Schreinerei Schneider AG in Pratteln. Die Geschäftsleitung habe an einem Vormittag die Belegschaft zusammengetrommelt, kurz darauf hätten neun Mitarbeitende keinen Job mehr gehabt – darunter auch eine Person, die erst kürzlich ihr

30-Jahr-Dienstjubiläum gefeiert habe. Es stelle sich die Frage, ob das Unternehmen nun vermehrt auf Temporärkräfte setze, die man «ohne weiteres jederzeit» wieder abbauen könne.

Die Schreinerei bestätigt auf Anfrage die Entlassungen. «Wir mussten uns im vergangenen November von neun Angestellten trennen», schreibt Roman Schneider, Geschäftsführer der

Schreinerei Schneider AG. Die Massnahme stehe in Zusammenhang mit «Anpassungen eines Bereichs».

Laut kantonaler Definition keine Massenentlassung

Man bedauere jeden einzelnen Fall, beteuert Schneider, das Unternehmen schaue zum Personal. «Hat jemand privat Schwierigkeiten, stehen wir hin-

ter dieser Person.» Auch habe man in den letzten Jahren, insbesondere auch im letzten Jahr, mehrere ältere Personen über 50 und über 60 Jahren in unterschiedlichen Bereichen eingestellt. Es müssten jedoch alle die Bereitschaft zu Leistung und Flexibilität aufbringen – «abgesehen vom Dienstalter». Unter dem Strich habe der Familienbetrieb stark ausgebaut, sagt

Schneider: «Noch 2010 beschäftigten wir 60 Mitarbeitende, heute sind es bereits 160.»

Dem kantonalen Arbeitsamt mussten die Kündigungen nicht im Voraus gemeldet werden. Als Massenentlassung gilt laut Gesetzgeber, wenn ein Betrieb dieser Grösse zehn oder mehr Prozent der Belegschaft entlässt.

Benjamin Wieland